

Protestbrief aus dem Aargau für Parmelin

Category: Blog

geschrieben von Gastautor | 16. Juli 2021



Matthias Küng berichtet in der Aargauer Zeitung über einen Protestbrief zur KV-Reform.

Der AZ liegt ein noch unveröffentlichter offener Brief der Kantonalparteien von FDP und SVP an Bundespräsident Guy Parmelin vor. Er hat seinen Ursprung in einer Debatte des Grossen Rates vor den Sommerferien. Da wollte die SVP-Fraktion einen Direktbeschluss erwirken, um via Standesinitiative in Bern gegen

die geplante Reform der kaufmännischen Ausbildung zu intervenieren. Der Rat lehnte ab.

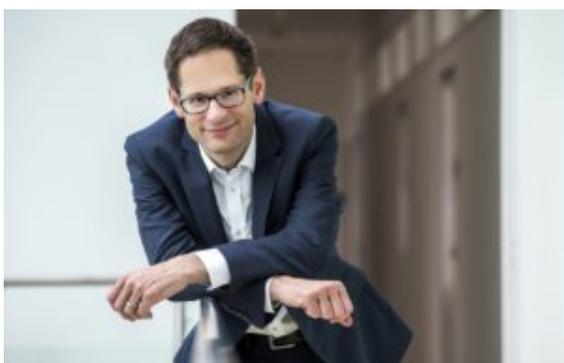
SVP und FDP Aargau unterstützten die bereits geäußerte kritische Haltung des Regierungsrats

Die Ausrichtung der kaufmännischen Ausbildung – der meistgewählte Lehrberuf – auf die Herausforderungen der Zukunft erachte man als äusserst wichtig, schreiben die beiden Parteien in ihrem nach der Debatte verfassten Brief. Deshalb wende man sich an Guy Parmelin. SVP und FDP Aargau unterstützten «die bereits geäußerte kritische Haltung des Regierungsrats», heisst es weiter.

Die Gefahr ist gross, dass es zu einer fachlichen Niveausenkung der Ausbildung kommt.

Dagegen wehren sich SVP und FDP

Die beiden Parteien wollen «keine komplette Aufhebung der Fächerstruktur mit gleichzeitiger Abschaffung der Fachnoten». Sie befürchten, «dass künftige Arbeitgeber keine verlässlichen Aussagen erhalten zu den fachlichen Stärken und Schwächen der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger». Weiter wird kritisiert, dass der Anspruch an die wirtschaftliche Fachkompetenz reduziert werde. Zudem wehren sich SVP und FDP gegen eine Streichung der Leistungszüge: «Die Dreigliedrigkeit ist heute ein Erfolgsmodell. Die Streichung eines Leistungszuges führt zu einer grossen Heterogenität innerhalb der Klassenzüge. Die Gefahr ist gross, dass es zu einer fachlichen Niveausenkung der Ausbildung kommt.» Weiter wehren sich die Parteien, dass neu «nur noch eine Fremdsprache obligatorisch sein soll». Dies sende ein falsches bildungspolitisches Signal. Die Unterzeichnenden «verlangen, dass die mit der Verschiebung auf 2023 gewonnene Zeit genutzt wird, die Reform inhaltlich anzupassen».



Silvan Hilfiker (Fraktionspräsident
FDP im Kantonsparlament):
Insgesamt ein Verbesserungsbedarf

Silvan Hilfiker: Dieser Brief ist das richtige Instrument

Man habe alle Parteien und auch die Verbände angefragt, ob sie den Brief mitunterzeichnen, so FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker. Er bekam aber zumeist Antworten, die es schon im Grossen Rat gegeben hatte. Der Tenor laute, sich als Partei nicht einmischen zu wollen. Andere fragten, ob das so spät überhaupt noch nütze. Das fragen wir auch Silvan Hilfiker.

Er ist überzeugt: «Dieser Brief ist das richtige Instrument.» Schliesslich habe auch Landstatthalter Alex Hürzeler in der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) interveniert und setze sich derzeit mit anderen Bildungsdirektoren für die Verbesserung der Reform ein.

Die Grünliberalen hätten grundsätzlich Verständnis für gewisse Bereiche der Kritik, sagt GLP-Fraktionschefin Barbara Portmann. Gleichwohl mache die GLP beim Brief nicht mit: «Wir wollen und sollen uns nicht seitens der Politik in die Lehrpläne von Berufslehren einmischen. Was würde als nächstes kommen? Der Lehrplan der Elektriker? Gastro? Pflege?»

Kaufmann: Das ist nicht Sache der Politik



Paul Kaufmann
(Fraktionschef die
Mitte): Das ist nicht

Sache der Politik.

Ähnlich klingt es bei Alfons Paul Kaufmann, Fraktionschef von Die Mitte. Der Brief hätte seine Berechtigung, sagt Kaufmann, «wenn er an den Schweizerischen Kaufmännischen Verband gerichtet wäre. Hier ist die Zuständigkeit für die Reform, nicht beim Bundesrat». Kaufmann: «Die Politik ist zuständig für die Gesetzesgrundlagen. Und es ist Sache der zuständigen Verbände, die Berufsausbildung den sich ändernden Herausforderungen anzupassen, die Branchenverbände sind ja einbezogen.» Es stimme auch nicht alles, was gesagt werde, so bleibe es ja bei zwei Fremdsprachen. Im übrigen hätte man sich früher melden müssen, laufe die Reformdebatte doch schon seit langem: «Jetzt kommt der Brief daher wie die alte Fasnacht.»

Silvan Hilfiker antwortet, er habe gehört, dass offenbar das Fremdsprachenthema mittlerweile in die richtige Richtung gehe: «Aber dennoch: mir scheint es wichtig, dass wir aus dem Aargau unterstreichen, dass die Reform insgesamt in dieser Form Verbesserungsbedarf hat. Wir dürfen nichts unversucht lassen, lieber spät als nie in Bern unsere Bedenken anzumelden.»

Dieser Artikel stammt von Matthias Küng und ist am 8.7.21 in der Aargauer Zeitung erschienen.